

herangezogen
in dauern. Zahl-
Jugendliche durch
herangezogen wur-
ungen entstanden.
für die Gesund-
ihm anvertraute
die Pflicht, alles
eine Kameraden

er Sie 20

Spel.

23. November.
S.D., Staatsrat
aus auf der Zug-
deutschen Arbeits-

Bagen der Bayeri-
O Gäste in selten
Gipfel. Staatsrat
der NSD. und
mimenden Winter-
wurde die Rüd-
unterdessen die ge-
und Parteienfriden
im Marktplatz ein-
beendete.

phärenflug
ch.

Leutnant Settle und
afen Alton (Ohio)
n waren, sind mit
(New Jersey) glatt
ährend seines Flu-
Richtung über das
he wird nach einer
ht. Sollte sich diese
er Rekord von Pro-
9 000 Meter-Rekord

achrichten.

Der aufgeschobene
hulz, W. Varmen,
, findet statt am
Uhr im Altstädter

und Westpolitik:
alle in Bethel.

iele Worte

eden!
nsprüche.
ung.

d, Rathausstraße 8

ge Jungfrau

lasenfter-Technik.
gen seiner Klarheit
Schritt und in den
ben ganz besonders
ignet für Säle und
chen. — Dazu: „Der
topfene Christus“.
de Transparente
öhe 50-68 cm, je Stück
0 Mr. einschließlich
eto und Verpackung.

neine Transparente
derselben Technik:

adonna . . . 0,90 Mr.
udentlich 0,75
e . . . 0,60
ene für . . . 0,60

Adventskalender
Jungfrau
2 Stück 15 Mr.

Bad Deynhausen

Laft
ante

iffen
win,
is hin,
verkauf

ber,
Dezember!

Bethel

und Sonnabend, den
menskrämpfe, Herren-
ünstigen Preisen zum

der Anstalt Bethel.

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich 12mal. — Preis monatlich 1,25 und
0,50 Bezahlgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Preis
Ausland unter Streifband 1,50 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnummer 10 Pf. Postfach 10 Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Andergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile über deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 80 Pf. Beilagen unter 25 a je tausend 15 Mr.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 8 Uhr. Postfach
10 Hannover 67 377.

Nr. 253.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 25. November 1933.

15. Jahrgang.

Traf dich die Hand des Herrn auch schwer,
In Demut nimm es an;
Er legt auf keine Schulter mehr,
Als sie ertragen kann.

F. Sahn.

Völkerverbund und Biererpakt.

Der Universalgedanke des Faschismus.

(Aus dem „Il Popolo d'Italia“.)

Nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerverbund glaubte ein Teil der Auslandspreffe auf den Biererpakt hinweisen zu sollen als auf die einzig mögliche Basis, auf der sich die jäh abgebrochenen Genfer Verhandlungen wiederaufnehmen ließen.

Nach unserer Meinung muß man wohl unterscheiden zwischen dem Völkerverbund und dem Biererpakt. Mögen sie in diplomatischer Hinsicht auch als zwei ähnliche oder auswechselbare Institutionen erscheinen, politisch und moralisch besteht ein Unterschied, ja geradezu Gegensatz. Die Abrüstungsfrage z. B. würde auf Grund des Kompaktes ein solches Gesicht bekommen, daß eine Reihe von Staaten gar nicht reif wäre, sie zu diskutieren.

Der Völkerverbund ist eine diplomatische Einrichtung aus den Zeiten, in denen Demokratie und Parlamentarismus unumschränkt herrschten. Man kann ihn ansehen als ein Stück internationalen Parlamentarismus. Der Kompakt dagegen will bessern und ergänzen. Aus ihm spricht die politische und soziale Erfahrung der Nachkriegszeit. In ihm lebt der Universalgedanke des Faschismus. Die Natur des Biererpaktes ist ferner unvereinbar mit den ewigen Konferenzen, die mit ihrem Schwerkriegsalltümlichkeit alle Verhandlungsfälle der Welt abnutzen würden.

Der Biererpakt ist ein Werk der Gerechtigkeit und Kultur, der Welt geschenkt zu einer Stunde, in der dunkle Völker der Barbarei und Unkultur den Horizont bedeckten. Groß ist zweifellos seine diplomatische Tragweite; was ihm aber seine Zukunftsbedeutung verleiht, ist sein geistiger Gehalt. Ein in Rom unter den Auspizien von Mussolini abgeschlossener Vertrag ist schon kraft seiner Herkunft universal. Jede Diskussion also, die sich an seinen Kurs anschließt, muß sich erheben können über partikularistische Interessen, muß über politische Grenzpfähle hinwegsehen können. Der Kompakt dient nicht Rom, sondern Europa, vielleicht der Welt.

Man kann daher verstehen, daß das faschistische Italien eine gewisse Besorgnis hat, dieses Friedens- und Kulturinstrument könnte verdorben werden durch eine heikle Diskussion, bei der die Geister nicht frei sind von Interessenpolitik und allerlei Argwohn. Der Biererpakt ist auf Vertrauen und Ehrlichkeit aufgebaut.

Wenn die Zeiten noch nicht reif sind für internationales Verstehen, kann man dann mit Ehrlichkeit an das Abrüstungsproblem herantreten? Und wenn man das nicht kann, soll man dann den Pakt kompromittieren, der doch zu anderen Zwecken geschaffen ist?

Vor allem soll man nicht vergessen, daß die Abrüstung ein geistiges Problem ist, kein Kanonenproblem. Solange die Staaten dem Mißtrauen, Groll u. der Angst verfallen bleiben, solange werden die Kanonen ihre finsternen Mündungen zum Himmel recken, als gähnten sie vor Langeweile über das lange Schweigen.

Will man überhaupt zur Möglichkeit einer Abrüstung gelangen, so muß man erst einmal unter den Völkern einen Zustand frohen Vertrauens schaffen durch geistigen Austausch, reguliert durch ein ethisches Gesetz, das über Völkergrenzen hinwegschaut. Mit anderen Worten: Jede Nation muß wenigstens einen Zipfel seiner Flagge eintauchen in den Strom universalen Denkens. Solch Denken existiert, Mussolini hat es ausstrahlen lassen, es heißt Faschismus. Das ist der eine große Gedanke, der aus der Kriegs- und Nachkriegszeit hervorgegangen ist und unbesiegt geworden ist durch das göttliche Ferment der Jugend.

Als Mussolini den Biererpakt bedachte, fühlte er sich als Bürger Europas, und als solcher konnte er mit der nötigen Unbefangenheit die verschiedenen Interessen der Nationen abwägen. Er war sich dessen bewußt, daß jeder internationale Vertrag, wenn er sich auch auf die verschiedenen Vaterländer gründet, doch von einem übergeordneten Menschheitsgedanken erfüllt sein müsse, der allein unter den Völkern eine Norm der Gerechtigkeit schaffen kann. Kann man einen gleich hohen Erfolg auch von Genf erwarten? Wir wagen das nicht zu behaupten. Genf ist hinsichtlich der Zeiten, in denen wir leben, verhängnisvoll rückständig. Der internationale Gedanke, der bei der Geburt des Völkerverbundes Pate stand, war die Demokra-

Mit Lügen gegen den Frieden

Der „Petit Parisien“ hegt weiter. — Heraus mit den Dokumenten!

Während die Reichsregierung durch die Erklärungen des Kanzlers und nicht minder überzeugend durch ihre Politik selbst dargetan hat, daß alle ihre Bemühungen abgestellt sind auf die Befriedung der Welt und die Überwindung fremder Gegenstände, versucht der „Petit Parisien“ durch schamlose Lügen, für die er auch nicht den Schatten eines Beweises beizubringen vermag, die französische Bevölkerung gegen Deutschland aufzuwiegeln.

Das ist ein Attentat auf den Frieden Europas! Die Reichsregierung hat deshalb bereits in der vergangenen Woche die deutsche Vertretung in Paris angewiesen, die französische Regierung auf das gewissenlose Treiben dieses Blattes aufmerksam zu machen. Auch im Auslande hat die Hege des „Petit Parisien“ beträchtliches Aufsehen erregt, wie übrigens am Donnerstag das „Allgemeine Handelsblatt“ in Amsterdam angeregt hat, diese Angelegenheit dem Internationalen Ehrengerichtshof für Journalisten zu unterbreiten. Alles das hindert den „Petit Parisien“ nicht, seine Hege, bar jeder Verantwortung, fortzusetzen.

Die „Dokumente“, auf die das Pariser Blatt sich zu stützen vorgibt, sind nichts als ein erbärmliches Machwerk, dessen Charakter dem Blatt von vornherein nicht zweifelhaft sein konnte. Warum trotzdem diese Hege, welchen Zweck verfolgt der „Petit Parisien“ damit? Liegt es im Interesse der französischen Mütter, der französischen Frontkämpfer oder der französischen Jugend, wenn Deutschland und Frankreich sich in einen neuen Krieg auf Leben und Tod hineinziehen lassen?

Die Hinweise des „Petit Parisien“ auf den „dokumentarischen“ Charakter seines Materials sind nichts als eine grobe Irreführung der Öffentlichkeit. Wohlweislich hat das Blatt sich gehütet, sein Material in photographischer Wiedergabe zu veröffentlichen, weil dann die Lügenhege sofort in sich zusammenbrechen würde und alle Welt sich davon überzeugen könnte, daß hier ein Blatt, das von Kriegshegern gegen Zahlung ungeheurer Summen für unfaubere Geschäfte eingespant worden ist, wider sein besseres Wissen Behauptungen in die Welt setzt, die die Völkerverhältnisse vergiften sollen.

Wer den Frieden will, der muß gegen eine derartige Sabotage der Friedenspolitik entschieden Stellung nehmen. Das deutsche Volk ist überzeugt davon, daß auch die breiten Massen des französischen Volkes mit ihm darin übereinstimmen, daß hegen, die derart frivol mit dem Schicksal der Völker spielen, der Mund gestopft wird, indem sie schnellstens und schärfstens zur Verantwortung gezogen werden.

Ungeheurer Entrüstungsturm gegen die Pariser Brunnenvergifter.

Berlin, 24. November. Die Tatsache, daß der „Petit Parisien“ trotz des deutschen Dementis seinen Verleumdungsfeldzug gegen Deutschland immer noch fortsetzt, löst in der Berliner Presse einen Sturm der Entrüstung aus. So schreibt die „DZ“, der „Petit Parisien“ nimmt die zweifelhafteste Ehre in Anspruch, unter den Hegern gegen Deutschland, die mit gefälschten Dokumenten, den niedrigsten Werkzeugen der politischen Giftmischer, arbeiten, der erste zu sein. Warum wagt der „Petit Parisien“ seine angeblichen „Richtlinien der deutschen Propaganda im Auslande“ nicht zu veröffentlichen? Er fürchtet, so sagt er, ihre Menge. Um die kümmerliche Ausrede weltzumachen, wird flugs ein neues „Dokument“ veröffentlicht. Man bereitet den Leser vorsichtshalber auf ein neues Dokument vor, mutet ihm aber zu, ein Schriftstück für

echt hinzunehmen, dessen Stil allein seine Herkunft aus fließendem Französisch verrät. Es handelt sich um einen Versuch niederträchtiger und gemeinster Brunnenvergiftung. Das französische Volk sollte sich gegen die Infamie dieses Hegefeldzuges mit Abscheu zur Wehr setzen.

Der „Völk. Beobachter“ erklärt unter der Überschrift „Ein Angriff auf den Frieden“ u. a., das Ziel der infamen Hege des „Petit Parisien“ gegen das nationalsozialistische Deutschland ist, das Ausland zu kriegerischen Auseinandersetzungen gegen das Dritte Reich aufzuheizen. Hinter diesen journalistischen Fälschern stehen in Wahrheit die Interessenvertreter der Rüstungsindustrie, deren Geschäft blüht, wenn Europas Boden wiederum von dem Blut von Millionen Menschen getränkt wird. Frieden bedeutet für diese Kreaturen schlechtes Geschäft, Baisse und Verluste. Deshalb hegen sie zum Krieg, deshalb vergiften sie die Atmosphäre mit gefälschten „Dokumenten“.

Der Scherl-Verlag setzt 50 000 Mark für die Aufklärung der Hege des „Petit Parisien“ aus.

Berlin, 23. November. Der „Petit Parisien“ hat am 16. November einen der übelsten verleumderischen Angriffe gegen Deutschland gerichtet, die je in der Zeitungs- und Welt vorgekommen sind. Das Blatt hat angeblich vertrauliche Instruktionen für deutsche diplomatische Stellen im Ausland veröffentlicht, in denen rundweg das Gegenteil von dem angeordnet sein sollte, was den wirklichen Inhalt der deutschen Außenpolitik im Zeichen der Erklärungen des Führers Adolf Hitler ausmacht. Es werden alle Erklärungen des Führers über den Willen zur Verständigung mit Frankreich und mit Polen angezweifelt. Der Scherl-Verlag hat sich angesichts dieser Hege und der dringenden Notwendigkeit der Aufklärung dieser politischen Brunnenvergiftung vor der ganzen Welt entschlossen, durch den „Berliner Lokal-Anzeiger“ folgende

„Der Scherl-Verlag setzt die Summe von 50 000 Reichsmark für denjenigen aus, der den einwandfreien Nachweis bringt, daß die von dem „Petit Parisien“ veröffentlichten angeblichen Instruktionen über die deutschen außenpolitischen Ziele, die angeblich an alle Auslandsvertretungen von einer Berliner Propagandastelle gegangen sein sollen, wirklich in der veröffentlichten Form und mit dem veröffentlichten Inhalt von einer verantwortlichen Stelle des Deutschen Reiches herausgegeben worden sind.“

Der Nachweis muß durch Vorlage des Originaldokuments und des dazugehörigen Materials erfolgen. Die Nachprüfung des angeblichen Dokuments, das Materials und der angeblichen Quellen soll durch eine neutrale Kommission erfolgen, deren Entscheidung rechtsverbindlich ist.

Diese Kommission soll gebildet werden aus drei politischen Historikern, von denen einer von dem Syndicat national des journalistes francais, der zweite vom Reichsverband der Deutschen Presse, der dritte, der den Vorsitz führt, vom Scherl-Verlag ernannt werden. Die Verhandlungen der Kommission können unter Vorlage der Dokumente und des übrigen angeblichen Beweismaterials an einem neutralen Orte außerhalb Deutschlands stattfinden, über den die Entscheidung von den Mitgliedern der Kommission und dem Bewerber um die ausgeschlagte Summe getroffen wird.“

tie. Heute ist die Demokratie überall im Niedergang; in einigen Nationen ist sie geradezu tot und begraben. So kommt es, daß dem Völkerverbund eigentlich seine moralische Basis fehlt. Es ist nun einmal nicht mehr so, daß man in Genf nur demokratisch redet, und unter den vielen Sprachen ist die Verständigung schwieriger denn je. Kein Dolmetscher kann da helfen.

Zum brüderlichen Zusammenleben der Völker gehört nun einmal ein gewisses Minimum brüderlichen Denkens. Die Demokratie ist nicht mehr imstande, des zu erwecken. Solange der Faschismus nicht überall sich seinen Platz erobert hat, solange nicht faschistische Universalität an die Stelle internationaler Demokratie getreten ist, werden die Völker sehr schwer eine Basis finden, auf der man zu sachlicher Diskussion kommen kann.

Die Krisis, die wir durchleben, ist eben der Umbruch einer neuen Zeit. Überall in der Welt kracht es, überall sieht man mehr oder weniger sichere neue Gebilde sich erheben. Soziale, politische, wirtschaftliche Systeme, durch

die Jahrzehnte abgebraucht, gehen zugrunde, neue tauchen auf und nehmen Form an, und das Leben nimmt sie an oder weist sie zurück.

Nicht nur ein Volk, nicht nur ein Kontinent, nein, die ganze Menschheit hat ein Haupt und einen Führer nötig. Sie stellt ihre Vergleiche an und schaut in bitterer Unruhe auf Rom. Aber ihr sehnüchtes, liebevolles Rückschauen läßt sie nicht dazu kommen, das, was nun mal tot ist, auch wirklich in der Vergangenheit zu begraben. So manches Volk ist wie eine Mutter, die nicht merkt, daß sie ein totes Kind auf ihren Knien wiegt, und — kann sich doch nicht von ihm losreißen.

Und doch: Im innersten Fühlen und Denken der Völker ist die Idee des Faschismus auf dem Marsche. Die Abrüstung, die heute der Welt soviel Rot macht, wird vielleicht morgen die einfache Folge des Paktes sein. Deshalb hat auch das Ausland nach dem Schritt Deutschlands keine Spur der Beunruhigung bei den Italienern bemerkt.

411 Stadt-Bibliothek

S 839

Um Arbeit und Brot

Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit

Reichsarbeitsminister Seldte äußerte sich anlässlich seines Besuchs in Bremen einem Journalisten gegenüber über die Arbeitslosigkeit im Jahre 1933 und die Maßnahmen für das Jahr 1934. Gegenüber dem Höchststand des Winters 1932/33, so betonte der Minister, habe sich die Arbeitslosigkeit bis Ende Oktober 1933 um rund 2 1/2 Millionen, d. h. um fast 38 v. H., vermindert. An der Abnahme war die Arbeiterschaft mit 2,15 Millionen, die Angestelltenschaft mit etwas über 100 000 beteiligt. Von den 2,15 Millionen entfielen rund 230 000 auf die Land- und Forstwirtschaft, der Rest auf Industrie, Handwerk und Handel.

Außer den 230 000 Arbeitslosen nahm aber die Landwirtschaft noch eine beträchtliche Zahl berufsständischer Arbeitskräfte auf, so zum Beispiel rund 165 000 Landhelfer. Am stärksten abgenommen hat die Arbeitslosigkeit im Bauwesen (— 485 000) und in der Metallwirtschaft (— 335 000). Der Minister wies dann u. a. darauf hin, daß seit Frühjahr 1932 das Reich für die öffentliche Arbeitsbeschaffung über 3 1/2 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt hat, wozu noch die Beschaffungsmaßnahmen der Reichsbahn und der Reichspost im Betrage von 650 Millionen kommen.

Auf die Frage, ob bereits Aufgabengebiete für die im Frühjahr 1934 vorgesehene zusätzliche Arbeitsbeschaffung vorliegen, erklärte Reichsminister Seldte u. a.:

Die Reichsregierung wird die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit aller Kraft fortsetzen. Die bekannten Maßnahmen, die sie für den bevorstehenden Winter getroffen hat, um einen Rückschlag auf dem Arbeitsmarkt zu verhüten, rechtfertigen die bestimmte Erwartung, daß die Reichsregierung bei dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu Beginn des nächsten Jahres von einer erheblich günstigeren Ausgangslage ausgehen wird als im Frühjahr 1933. Im Rahmen der Arbeitsbeschaffung wird auch die landwirtschaftliche Siedlung wie bisher mit allem Nachdruck gefördert werden. Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß für eine dauernde Gesundung des deutschen Arbeitsmarktes und der deutschen Wirtschaft eine starke Umstellung des deutschen Volkes von gewerblicher und industrieller Tätigkeit auf die Bewirtschaftung des heimischen Bodens unerlässlich ist.

Die Aufwärtsbewegung der Konjunktur wird in Deutschland fast ausschließlich vom Binnenmarkt getragen, und zwar sind es in erster Linie die Maßnahmen der öffentlichen Arbeitsbeschaffung, die die Belebung der Wirtschaft bewirken.

Die öffentliche Arbeitsbeschaffung hat schon jetzt zu einer merklichen Belebung der Privatwirtschaft geführt.

Zahlreiche Unternehmungen haben eigene Arbeitsbeschaffungsprobleme aufgestellt. Auch im kommenden Frühjahr werden die Maßnahmen der Reichsregierung zur Fortsetzung des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit der Privatwirtschaft in erheblichem Umfange zugute kommen und sie weiter beleben.

Im weiteren Verlauf der Unterredung äußerte sich Reichsminister Seldte noch über die Frage des Arbeitsdienstes, wobei er u. a. ausführte, daß bis auf weiteres eine Verdichtung des Reges der Lager nicht in Frage komme. Es fänden aber jeweils Verschiebungen statt, die je nach Abschluß und Neubeginn von Vorhaben notwendig würden. Die große Masse der aus dem Arbeitsdienst nach Ableistung ihrer 52wöchigen Tätigkeit Entlassenen finde Arbeit, da die Arbeitgeber die aus dem Arbeitsdienst Aus-

scheidenden gern aufnehmen. Eine Einrichtung, die die Entlassungsfragen in großzügiger Weise und sozial regelt, sei im Aufzug. Was den weiblichen Arbeitsdienst betreffe, liege seine Bedeutung in erster Linie darin, daß die Mädel aus den Städten zu Landfrauen umgeformt würden.

Kleine Preise, großer Umsatz

Gemeinsamer Aufruf der Deutschen Arbeitsfront, der NS-Front und der NSDAP.

Die Deutsche Arbeitsfront hat im Einvernehmen mit der NS-Front und der NSDAP, folgenden Aufruf erlassen:

Den Umsatz steigern, heißt Arbeit schaffen. Arbeitsbeschaffung ist nach wie vor die zentrale Aufgabe aller Wirtschaftens. Ein gutes, ja das beste Mittel zur Erreichung größter Arbeitsbeschaffung ist die Verwirklichung der Parole: Kleine Preise! Großer Umsatz! Denn: Das Volk muß wieder kaufen können. Es war immer richtig, die Wahrheit herauszustellen, die da lautet:

Wer zu kleinen Preisen kauft, kann mehr kaufen. Kaufen ist die Hauptaufgabe weil:

Wer kauft, am Aufbau hilft!

Sofort kaufen tut not, denn wir wissen nur:

Ein gutes Weihnachtsgeschäft ist die beste Voraussetzung für den Erfolg der Arbeitsbeschaffung 1934.

Alle müssen mit ihrer Kaufkraft in das Riesenaufbauwerk eingeschaltet werden, deshalb: Es zieht alle zum Kaufen nach dem Grundsatz: Wenn aus dem Kassen springt die Mark, wird Arbeit, Wirtschaft, Umsatz stark!

Steuerbefreiung für Wohnungsbauten

Tatkräftige Förderung des Neubaus während der Wintermonate.

Berlin, 24. November.

Zum Ausgleich von Härten und im Interesse der Arbeitsbeschaffung während des bevorstehenden Winters hat der Reichsfinanzminister u. a. bestimmt, daß für Wohngebäude, die bis zum 31. Mai 1934 bezugsfertig werden, die Steuerbefreiung nach den neuen Vorschriften — sofern die übrigen Voraussetzungen vorliegen — auch dann gewährt werden kann, wenn die nutzbare Wohnfläche 170 Quadratmeter (statt 150 Quadratmeter) nicht überschreitet. Dazu treten je fünfzehn Quadratmeter für das vierte und jedes weitere Kind des Eigentümers. Wenn der Neubau auch die erhöhten Grenzen überschreitet, kann eine Befreiung nur nach den bisherigen Vorschriften in Betracht kommen. Danach sind Wohngebäude, die in der Zeit vom 1. April bis 31. Mai 1934 bezugsfertig werden, nur dann befreit, wenn der Rohbau bis zum 31. Dezember 1933 vollendet wird. An diesem Erfordernis soll nicht unbedingt festgehalten werden. Immer aber ist die Erleichterung nur dann zu gewähren, wenn eine tatkräftige Förderung des Baues noch während des Winters sichergestellt ist.

Deutsche Front des Saargebietes lehnt die Regierungsvorlagen ab. Im Landessatz des Saargebietes wurden die von der Regierungskommission in der letzten Zeit für die „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ erlassenen sechs Gesetzesvorlagen von der Deutschen Front und den Kommunisten endgültig abgelehnt, wogegen die Sozialdemokraten den Gesetzentwürfen zustimmen. Der Führer der Sozialdemokraten, der sich wiederholt in scharfen Ausdrücken gegen das neue Deutschland erging, mußte mehrmals vom Präsidenten verwarnet werden.

Das Winterhilfswerk

Gesamtaufkommen auf 300 Millionen Mark geschätzt.

Der Reichswalter der NS-Volkswohlfahrt und Reichsführer des Winterhilfswerkes, Hilgenfeldt, äußerte sich vor den Vertretern der ausländischen Presse über dieses gewaltige Hilfsunternehmen zur Unterstützung aller notleidenden Deutschen. Insgesamt werden von dem Winterhilfswerk, das eine zusätzliche Leistung darstellt, 6 Millionen Hilfsbedürftige betreut, es sind also nicht nur alle Erwerbslosen, sondern auch die Kurzarbeiter, die Kleinrentner, Alterspensionäre und andere erfasst. Während die Reichsbahn für die Winterhilfe im Vorjahr 1,9 Millionen Mark an Frachtfreiheit aufgewendet hat, wird sich diese Summe im Jahre 1933 auf 14 bis 15 Millionen Mark erhöhen, obwohl die Zahl der Erwerbslosen erheblich zurückgegangen ist.

Ein einziger Gau, der Gau Berlin, betreut 1,1 Millionen Hilfsbedürftige. Er gab bisher 2 1/2 Millionen Gutscheine im Gesamtbetrage von 1,950 Millionen Mark, ferner 439 805 Zentner Kartoffel (die gleiche Menge hat er noch in Vorrat) und 900 000 Ztr. Kohlen aus. Hinzu kommen die Kleider Sammlungen und die Geld Sammlungen. Der Gau erhielt 100 000 Paar gebrauchter, 15 000 Paar neuer Schuhe, Mäntel, Kleider, Wäsche und Hute in solcher Menge, daß 175 Nähstuben eingerichtet werden mußten. Am ersten Eintopfsonntag wurden in Berlin 400 000 Mark für das Winterhilfswerk gesammelt.

Bemerkenswert ist, daß die besten Erfolge immer in den Bezirken erzielt wurden, die von den ärmeren Schichten bewohnt werden.

Die Arbeiter und Angestellten der Reichsbahn gaben 665 000 Mark, eine ähnliche Summe die Postangestellten, während die kleine deutsche Reichswehr dem Winterhilfswerk weit über 1 1/2 Millionen zur Verfügung gestellt hat. Das Gesamtaufkommen des Winterhilfswerkes dürfte etwa 300 Millionen RM umfassen, im Laufe dieses Winterhalbjahres werden etwa 2 Millionen Zentner Kohlen, also etwa 8 Prozent der gesamten deutschen Hausbrandversorgung, durch das Winterhilfswerk unter Einschaltung des deutschen Kohlenhandels zur Verteilung kommen. An Kartoffeln werden 13 Millionen Zentner, das sind 43 500 Waggons, ausgegeben; während etwa 10 Prozent der Kohlen gestiftet wurden, mußten neben den großen Kartoffelpenden noch für rund 8 Millionen Mark gekauft werden.

Ungewöhnlich wie diese Ziffer sind auch die Leistungen des Winterhilfswerkes. So wird eine aus vier Personen bestehende Berliner Familie etwa 8 Zentner Kartoffeln und 12 bis 15 Zentner Kohlen erhalten, so daß sie einen Teil ihres geringen Einkommens zu Anschaffungen verwenden kann. So ist das Winterhilfswerk gleichzeitig ein Ausgleich und auch ein Antrieb der deutschen Wirtschaft, zumal die Beschaffung und die Verteilung der Güter im Anschluß und nach den Ermittlungen des Statistischen Amtes vorgenommen wird.

Die Organisation des Winterhilfswerkes, die in bemerkenswerter kurzer Zeit geschaffen wurde, umfaßt 35 Gauen, etwa 1000 Kreise und rund 30 000 Ortsgruppen und Stützpunkte. Zur Verminderung der Organisationskosten wird die Hauptarbeit ehrenamtlich geleistet, und auch die Entschädigungen für die dauernd Beschäftigten kommen über eine relativ geringe Vergütung nicht hinaus. Im Reich sind 1 1/2 bis 1 3/4 Millionen Menschen ehrenamtlich für das Winterhilfswerk tätig, in der Zentrale in Berlin etwa 250 Personen beschäftigt. Zusammenfassend ist zu sagen, daß alles getan ist, damit das Winterhilfswerk das Wort des Führers wahr machen kann, daß in diesem Winter in Deutschland niemand hungern und frieren soll.

Im Sitzungssaal des Westfälischen Provinzialausschusses führte Oberpräsident Freiherr von Loeven den neu gewählten Landeshauptmann Kahlborn in sein neues Amt ein.

Reichsminister Seldte äußerte sich anlässlich seines Besuchs in Bremen einem Journalisten gegenüber über die Arbeitslosigkeit im Jahre 1933 und die Maßnahmen für das Jahr 1934. Gegenüber dem Höchststand des Winters 1932/33, so betonte der Minister, habe sich die Arbeitslosigkeit bis Ende Oktober 1933 um rund 2 1/2 Millionen, d. h. um fast 38 v. H., vermindert. An der Abnahme war die Arbeiterschaft mit 2,15 Millionen, die Angestelltenschaft mit etwas über 100 000 beteiligt. Von den 2,15 Millionen entfielen rund 230 000 auf die Land- und Forstwirtschaft, der Rest auf Industrie, Handwerk und Handel.

	Männer	Frauen
Ratholische Theologie	386	14
Evangelische Theologie	283	28
Rechtswissenschaften	490	28
Staatswissenschaften	95	28
Rechts- und Staatswiss.	22	—
Medizin	1051	227
Zahnheilkunde	346	81
Alte und Neuere Philologie	309	193
Germanistik und Geschichte	148	118
Mathematik und Naturwiss.	252	126
Chemie	72	9
Pharmakologie	58	26
Landwirtschaft	10	2
Sonstige Fächer	91	25
	3613	877 = 4490

Da die Universität im letzten Sommer-Semester 4868 Studierende hatte, ist ein Rückgang um 378 Studierende festzustellen. Diese Abnahme des Zudrangs zum akademischen Studium ist in allen Disziplinen festzustellen. Nur die katholischen Theologen haben 5 Studierende mehr aufzuweisen. Die Studentinnen der Staatswissenschaften haben zwei Kommilitoninnen mehr, während die Mediziner sogar einen Zugang von 57 Studenten zu verzeichnen haben. Abgenommen hat die Zahl der evangelischen Theologen um 10 (5 davon Frauen), der Rechtswissenschaftler um 93 (12 Frauen), der Staatswissenschaftler um 7, der Rechts- und Staatswissenschaftler um 8, der Mediziner um 3, der Zahnmediziner um 26 (4 Frauen), der Germanisten und Historiker um 57 (19), der Mathematiker und Naturwissenschaftler um 89 (28), der Chemiker um 13 (2), der Pharmazeuten um 5 (4 Frauen), der Landwirte um 3, der Studierenden sonstiger Fächer um 24 (darunter 5 Frauen).

Reichskirchenregierung und evangelische Freikirchen.

Keine zwangsweise Eingliederung in die Reichskirche, aber freundschaftliche Zusammenarbeit.

Die Reichskirchenregierung hat an den Vorsitzenden der Bischöflichen Reichskirchenkonferenz in Preußen, Prediger B. Reip, Berlin, unter dem 11. November ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet, das von Kirchenminister Bischof Schöffel unterzeichnet ist:

„Auf mehrfachen Wunsch, der mir aus den Kreisen der evangelischen Freikirchen Deutschlands entgegengebracht worden ist, darf ich Ihnen nach Rücksprache mit dem Herrn Reichsbischof ausdrücklich bestätigen, daß in der Deutschen Evangelischen Kirchenregierung keinerlei Absichten bestehen, zwangsweise die Freikirchen in die Deutsche Evangelische Kirche einzugliedern. Sowohl die Bekenntnisgebundenheit der Kirchen wie die Achtung vor der Gewissensfreiheit verwehren solche Gedanken. Im vollsten Einverständnis mit dem Herrn Reichsbischof möchte ich vielmehr den Anlaß benutzen, um das, was der Herr Reichsbischof bereits in seiner Wittenberger Rede am 27. September 1933 öffentlich ausgesprochen hat, noch einmal zu unterstreichen. Es ist der dringende Wunsch der Deutschen Evangelischen Kirche, angeführt von der großen Aufgaben am deutschen Volk mit den evangelischen Freikirchen in Deutschland in freundschaftlicher Weise zusammenzuarbeiten.“

Die deutschen Diakonissen schließen sich zusammen.

Gründungsfeier der Diakonien-Gemeinschaft.

Die großen Verbände der Diakonissen-Mutterhäuser haben sich unter Führung von Schwester Auguste Rohrmann zu einer Diakonien-Gemeinschaft innerhalb der Reichsarbeitsgemeinschaft für Berufe im sozialen und ärztlichen Dienst zusammengeschlossen. Die neubegründete Gemeinschaft trat mit einer Kundgebung im Berliner Lehrervereinshaus vor die Öffentlichkeit. In vielfälti-

gem Durcheinander füllten neben den Ehrengästen als Vertreterinnen des großen deutschen Diakonissenheeres Hunderte von Schwestern mit ihren verschieden geformten Hauben den Saal. Pastor Graf D. von Lüttichau eröffnete die Kundgebung mit einem Dank an den Reichsbischof für die unzweideutige Klarheit, mit der er die Bekenntnisgrundlagen der evangelischen Kirche gegen alle Angriffe verteidigt habe. Der Redner begrüßte dann die Vertreter des Reichsinnenministers, des preussischen Kultusministers, der Reichskirchenregierung, des Zentralausschusses für Innere Mission sowie den stellvertretenden Gauleiter der NSDAP Staatsrat Pg. Görlicher, den Bischof von Berlin D. Karow, die Prinzessin Oskar von Preußen, die Reichsführerin des evangelischen Frauenwerkes Frau von Grone u. a. Staatsrat Görlicher betonte in seinem Grußwort, das Christentum der Tat sei nirgends so rein gewahrt wie bei den Diakonissen. Das erste Gebot des Nationalsozialismus, nach dem Gemeinnutz vor Eigennutz gehe, und das christliche Gebot der Nächstenliebe, gehörten zusammen. Der Nationalsozialismus habe überhaupt nur von Menschen kommen können, die, wie der Führer, ernste Christen wären. Die alten Kämpfer der NSDAP seien im politischen Kampfe vielleicht das gewesen, was die Schwestern immer in der Kirche waren. Staatsrat Görlicher sicherte der Diakonien-Gemeinschaft den Schutz und die Hilfe der politischen Organisation bei allen etwa noch auftauchenden organisatorischen Schwierigkeiten zu. Den Hauptvortrag über Wesen und Aufgabe der Diakonien hielt Pastor Graf von Lüttichau.

Hinweis.

Sehen — und verleiht sein, das ist eins, wenn die herrlichen Schätze aus dem Bestand Wiesental dahinein ausgepackt werden. Und dabei so unerhört billig! Immer wieder streichen die Hände lieblos über die feinen Gewebe und noch nach Jahren freut man sich des guten Entschlusses, der an der rechten Quelle haften ließ: bei der Textilmanufaktur Saagen, Wilhelm Schöpflin, Saagen/Waden.

Wollen Sie auch einmal einen so beneidenswert günstigen Einkauf machen, dann bietet Ihnen die heutige Prospektbeilage gleich die günstige Gelegenheit dazu. Sie werden von Ihrem Kauf ebenso hoch befriedigt sein, wie die bisherigen, nahezu 1/2 Million Stammkunden dieses gut deutschen Unternehmens.

Ämtliches Wahlergebnis

Festsetzung durch den Reichswahlausschuß.

Der Reichswahlausschuß trat in Berlin zusammen und setzte nunmehr, erst elf Tage nach der Entscheidung, das endgültige Ergebnis der Volksabstimmung und Reichstagswahl vom 12. November fest. Ministerialdirektor Dr. Reichardt, der Reichswahlleiter und Präsident des Statistischen Reichsamts, stellte in Gegenwart der Beisitzer und des Vertreters des Reichsinnenministeriums, Oberregierungsrates Dr. Fabricius, folgendes fest:

Stimmbererechtigt waren am 12. November 45 176 713 Personen. Davon haben auf Grund von Stimmscheinen abgestimmt: 1 231 905.

Reichstagswahl.

Das endgültige Ergebnis für die Reichstagswahl enthält 43 053 616 abgegebene Stimmen, von denen 3 398 404 ungültig waren. Auf den Kreiswahlvorschlag entfielen 39 655 212 gültige Stimmen. Die Zahl der auf den Kreiswahlvorschlag gewählten Abgeordneten beträgt demnach 645. Es verblieb ein Rest bei der Teilung durch 60 000 der einzelnen Kreiswahlvorschläge von 955 212, so daß auf den Reichswahlvorschlag 16 Sitze entfallen. Die Gesamtzahl der Abgeordneten ist nunmehr endgültig auf 661 festgesetzt worden.

Volksabstimmung.

Zur Volksabstimmung sind 43 491 575 Stimmen abgegeben worden, wobei 757 756 als ungültig erklärt werden mußten. Als gültige Ja-Stimmen wurden festgestellt 40 632 628; gegen den Volksentscheid stimmten 2 101 191 Wähler. In Prozenten errechnet wurden für Ja 95,1 Prozent, für Nein 4,9 Prozent der Stimmen.

Direkte Verhandlungen

Italienisches Communiqué über die Abrüstungsfrage.

Rom, 24. November.

Die Agenzia Stefani veröffentlicht über die Abrüstungsfrage ein Communiqué, in dem es u. a. heißt: In der Tat konnte und kann unter den obwaltenden Umständen eine Fortsetzung der Genfer Arbeit zu keinem Ergebnis gelangen.

In den verantwortlichen Kreisen Italiens hat man immer die Ansicht vertreten und auch zum Ausdruck gebracht, daß eine Einigung möglich sei, wenn man auf das Mittel direkter Verhandlungen zwischen den Mächten, das jetzt vom Präsidium der Abrüstungskonferenz selbst empfohlen wird, zurückgreife, und wenn man ferner darauf Verzicht leiste, bei Methoden und bei Verfahrensweisen zu beharren, die sichtlich den Forderungen der Situation nicht gerecht werden können.

In den verantwortlichen Kreisen Italiens wird erneut versichert, man lege in eine Zusammenarbeit der Großmächte das Vertrauen, daß sie eine Einigung herbeiführen könne. Die Ergebnisse dieser Einigung müßten dann nach und nach der Abrüstungskonferenz vorgelegt werden.

Aus Kirche und Theologie.

Die Kundgebungen im ganzen Reiche sind beherrscht von dem Eindruck der Berliner Sportpalastveranstaltung und dem Einspruch des Reichsbischofs. So hat in Schlesien der selbst der Glaubensbewegung der deutschen Christen angehörende Prof. Gogarten in Breslau schon am 17. November in der schlesischen Zeitung einen scharfen, vom Bekenntnis der Kirche her begründeten Protest erlassen und Zustimmungserklärungen an sich erbeten (D. Gogarten, Breslau 18, Kastanienallee 23).

In Württemberg war kurz vorher eine Klärung eingetreten. Aus der Gruppe der Deutschen Christen traten die meisten Pfarrer unter Führung des Oberkirchenrats Pressel, des Vertrauensmanns von Landesbischof Wurm und von Prof. D. Fejer, aus und bildeten mit etwa 400 Pfarrern eine neue Gruppe. Bei der Reichsleitung der Deutschen Christen ergebenen Gruppe blieben nur 100, während etwa 300 Pfarrer als kirchlich-theol. Arbeitsgemeinschaft dem Pfarrernotbund nahestehen.

In Bayern hat die Berl. Reichsleitung jeden Einfluß verloren. Die dort von der Bewegung der Deutschen Christen erfassten Pfarrer, ein nicht sehr großer Bruchteil

der Pfarrerschaft, haben sich ausdrücklich und feierlich dem Landesbischof D. Meiser unterstellt.

In Westfalen fand eine große Kundgebung in Dortmund statt, in der die Trennung des Reichsbischofs von den „Deutschen Christen“, die Entfernung aller führenden Kirchenmänner, die in der Sportpalastkundgebung nicht widersprachen, die Aufhebung jeder Verpflichtungserklärung, die nicht an Schrift und Bekenntnis binde, der Widerruf jeder Verfassung von Kirchengliedern, die nicht „Deutsche Christen“ sind und vor allem die sofortige Einberufung der westfälischen Provinzialsynode gefordert wurde.

Da offenkundig in den meisten deutschen Landschaften die Bewegung, die sich von der Reichsleitung der „Deutschen Christen“ loslag, oder sich gegen sie wendet, anhält, darf man gespannt sein auf die Beschlüsse, die in Weimar, wo sich in den nächsten Tagen der Reichsleiter Hoffenfelder mit den Gauleitern trifft, gefaßt werden.

Eine Nachricht besonderer Art, die mit diesen Vorgängen nicht unmittelbar zusammenhängt, kommt aus Kiel. Dort sollte, wie die Kreuzzeitg. meldet, der Herausgeber des „Deutschen Volkstums“, Wilhelm Stapel, sprechen, der mit lutherischer Lehre entschiedenem Eintreten für die nationalsozialistische Gestaltung von Volk und Staat verbunden. Sein Vortrag wurde aber vom offiziellen studentischen Amt abgelehnt, da die bisherigen Ausführungen Stapels über Religion und Rasse und über die behauptete Vereinbarkeit von Deutschtum und Christentum für die junge nationalsozialistische Generation untragbar sind.

7 Tage Haft für einen evangelischen Pfarrer.

Vor dem Bromberger Bezirksgericht fand dieser Tage ein Prozeß gegen Pfarrer Dr. Kammel-Posen, den Geschäftsführer des Evangelischen Presseverbandes für Polen und Leiter der Inneren Mission statt. Im Mai dieses Jahres war Dr. Kammel wegen eines Artikels zu 7 Tagen Haft und 100 Zloty Geldstrafe verurteilt worden. Das Bromberger Bezirksgericht hat nunmehr die Berufung verworfen und das Urteil der ersten Instanz bestätigt. In dem von dem Gericht beanstandeten Artikel hatte Dr. Kammel wahrheitsgemäß über einen Vorfall berichtet, der in der evangelischen Bevölkerung Polens tiefe Beunruhigung verursacht hatte: Den evangelischen Kantoren in Wolhynien war die Unterrichtserlaubnis entzogen worden, und damit 3000 deutschen Kindern die Möglichkeit eines ausreichenden Schulunterrichts genommen. Der Artikel war unbeantwortet durch eine Reihe deutscher Zeitungen in Polen gegangen, nur die „Deutsche Rundschau“ in Bromberg war deswegen beschlagnahmt worden. Während aber der verantwortliche Redakteur dieser Zeitung freigesprochen wurde, ist Dr. Kammel verurteilt worden.

An der Richtigkeit der von Dr. Kammel gemachten Angaben dürfte um so weniger zu zweifeln sein, als inzwischen Einzelheiten über die Lage der deutschen Siedler in Wolhynien bekannt geworden sind. Danach hat das polnische Schulkuratorium in Rowne 80 Kantoren die Unterrichtserlaubnis entzogen, weil angeblich deren Ausbildung nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprach. Für das Schulkuratorium der deutschen Kolonisten ist diese Verfügung ein vernichtender Schlag.

Dieses Urteil gegen einen führenden Geistlichen der deutschen Minderheit ist ein weiteres Glied in der langen Kette der Schikanen, mit denen Polen das evangelische Deutschtum in den abgetrennten Gebieten des Ostens zu unterdrücken versucht.

In den Ruhestand versetzt wurden: Oberpräsident i. e. R. Dr. Lutschek in Oppeln; Regierungspräsident i. e. R. Dr. Abegg, früher in Schleswig; Vizepräsident des Oberpräsidenten i. e. R. Banke in Schneidemühl; Landrat i. e. R. von Bezold in Sagan; Landrat i. e. R. von Windheim bei der Regierung in Magdeburg; Regierungsrat i. e. R. Wehlmann, früher bei der Regierung in Breslau; Regierungsrätin Dr. Spindler in Potsdam.

Verchiedenes.

Reichstagung der deutschen Christen in Weimar. In Weimar findet, wie der Pressedienst der „Deutschen Christen“ erfährt, am 23. und 24. November eine Herbsttagung der Glaubensbewegung statt, an der sämtliche Landesleiter, Gauobleute und Referenten der Reichsleitung und der Gauen teilnehmen. Es werden sprechen: Bischof Peter, „Ziel und Front im volksmisionarischen Kampf“, Pfarrer Kinkel, „Neue Mittel und Wege für die volksmisionarische Werbung“, Pfarrer Rehm, „Der Deutsche Christ als nationalsozialistischer Vorkämpfer“. Den Höhepunkt der Tagung bildet ein Vortrag des Reichsleiters der „Deutschen Christen“, Bischof Hoffenfelder, in welchem dieser programmatische Erklärungen über die weitere Arbeit der Glaubensbewegung geben wird.

Herzliche Weihnachtsbitte für die Berliner Stadtmision!

Die Arbeit der Berl. Stadtmision ist, wie aus den Berichten zu ersehen, trotz des großen Hilfswerks unserer Regierung noch nicht überflüssig geworden. Wieviel unbekannte Not und verschämte Arme werden bei den Hausbesuchen noch entdeckt. Für diese Nöte leiblicher und geistiger Art möchte die Stadtmision auch in diesem Jahre wieder einen Strahl Weihnachtsfröhe und -sorgen hineinbringen und bittet jetzt ihre alten und treuen Freunde um liebevolle Mithilfe.

Gaben in bar, Kleidung und Wäsche nimmt dankbaren Herzens entgegen Br. Schlerf, Anstaltspost, gleichzeitig Sammelstelle f. d. armenischen Hilfsbund.

Bethel.

— Heute, Freitag, 5 Uhr an der Bethelische Dienst der Jungenschaft I im Jungenzug Rote Huzaren. R. Vöhr.

— Kirchenchor. Am Montag, den 27. November, Übungsstunde im Affapheum. Posaunenbuch I und II mitbringen.

Beamte bauen in der neuen Zeit. Unter diesem Titel bringt das Heimstättenamt der deutschen Beamenschaft e. V., Berlin NW 87, Lessingstraße 11, eine Schrift heraus, die im Verlag Robert Müller, Potsdam erschienen ist und Mk. 1.— kostet. Die Schrift enthält eine Geschichte der Beamtenheimstättenbewegung und unterrichtet in vortrefflicher Weise über die einschlägigen Gesetze. Kein Beamter, der sich für die Frage des Eigenheims interessiert, sollte veräumen, sich dies gute Material zu besorgen. Es wird ihm hier auch der Weg gezeigt, mit Hilfe der Beamtenbau-sparkasse leicht und schnell das Ziel zu erreichen.

— Beamtenfürsorge. Zu einer Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 29. November, nachmittags 5½ Uhr in Gosen werden hierdurch alle Mitglieder der Kasse eingeladen.

Tagesordnung.

1. Jahresbericht.
2. Rechnungslegung, Bericht der Revisoren und Entlastung des Rechners.
3. Ersatzwahl für ausscheidende bzw. ausgeschiedene Vorstandsmitglieder.
4. Beschlussfassung über Anträge von Mitgliedern.
5. Verschiedenes.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung wird an § 22e der Satzungen erinnert, wonach Anträge, welche in der Mitgliederversammlung beraten werden sollen, mindestens 24 Stunden vor der angelegten Eröffnungszeit an den Vorsitzenden des Kassenvorstandes zu richten sind.

Bethel, den 18. November 1933. Der Kassenvorstand.

Schriftleitung: B. Kraa; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. S. Hüttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schließfach 28. Für Geldsendungen Postcheckkonto: Hannover 67377. „Aufwärts“, Christliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919. Amtliches Tagesblatt. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Allen denen, die uns beim Heimgang unserer lieben Entschlafenen ihre wohlthuende Teilnahme erwiesen haben, danken wir herzlich

Heinrich Beeker
Familie Gurcke
Familie Klöpfer

Bethel, im November 1933.

Einfaches Mädchen

26 Jahre, mit guten Zeugnissen, sucht Stellung bei wenig Lohn, am liebsten in Bethel. Angebote an die Geschäftsstelle d. Aufwärts unter A 9646.

Es lohnt sich

den Vertrieb für uns bekannten Bremer Kaffee, Tee usw. zu übernehmen. Sicherer Verdienst für Dame oder Herrn ohne Risiko. Bewerbungen an H. Bätjer, Bremen, Franz-Josef-Straße 38.

Reiner Lindenhonig

Neunpfundbüchse 11,80 RM unter Nachnahme.

Pastor Buchta, Neubrandenburg.

Bohnerwachs

hochglänzend und brillant, sparsam im Verbrauch. 10-Pfd.-Eimer Mk. 5.— franko

Willy Scholz, Hamburg 26, Fach 261/A.

Bettfedern

1 Bld. graue 0,70 M., halbweiße 1,20 M., weißer Wusch 1,90 M., schnee-weiße Spezial- 2,25 M., 3,80 M., halbw. Spez. 2,70 M., feinste weiße Halbdaune 4,90 M., graue Daune 6,30 M., weiße Halbdaune 6,30 und 7,20 M., Oberbetten von 14,00 M. an, Kissen von 4,50 M., Unterbetten 2,80 M. an aufwärts. Von 20,00 M. an franko. Nichtpost. Geld zurück. Muster u. Preisl. umf. Josef Christl Nacht, Cham 315

Bayer, Otmart. — Schenken Sie uns Vertrauen, es lohnt sich.

Christl

Die Erzeugnisse der

Nähmaschinenfabrik

Wittenberge-Potsdam

Deutsche Wertarbeit



Die Erzeugnisse der
Singer
Nähmaschinenfabrik
Wittenberge-Potsdam
Deutsche Wertarbeit

SINGER KUNDENDIENST ÜBERALL.
SINGER NÄHMASCHINEN-AKTIEGESELLSCHAFT

Lichtbilder-Vorträge

des Herrn Dr. med. Johannsen über
die Arbeit der ärztlichen Mission in Sumatra
am 28. November abends 20 Uhr in der
Volkslesehalle Bahnhofstr./Zimmerstraße.

Eintritt frei!

Die Bade-Anstalt Bethel

geöffnet, außer Montags, täglich von 8—11½, und von 2—5½ Uhr, Freitag und Sonnabend durchgehend von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends,

empfiehlt Bäder jeder Art

Fichten-, Sol-, Schwefel-, Moor-, Kohlensäure-, Sauerstoff-, Kamillen-, Thiosal- und Wannenbäder.

Elektrische Ganz- und Teillichtbäder, Ganz- und Teil-dampfbäder. Russisch-Römische Bäder.

Fango-Packungen, Bestrahlungen, Massagen.

Für Hauskuren alle medizinischen Zusätze: Fichtennadel bester Qualität, für Solbäder 1a Salinensalz.